



Bei der Arbeit: Auszubildende in Wien

Foto Picture Alliance

## Weiterbildungsvorbild Österreich?

In der Qualifizierungsoffensive schießt Berlin nach Wien. Dort sind allerdings die arbeitsmarktpolitischen Effekte zweifelhaft.

Von Michaela Seiser, Wien

Österreichs Weiterbildungssystem ist für Deutschland neuerdings ein Modell. Im kleinen Nachbarland können Beschäftigte für höchstens ein Jahr eine berufliche Auszeit für eine Aus- oder Weiterbildung nehmen – oder eine Bildungsteilzeit für bis zu zwei Jahre. Wer eine sogenannte Bildungskarenz macht, kann ein Weiterbildungsgeld bekommen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) kündigte an, auch in Deutschland sollten sich Beschäftigte künftig ein Jahr beruflich weiterbilden können, wenn sie und der Arbeitgeber sich zuvor darauf verständigt haben.

Durch die Bildungskarenz und Bildungsteilzeit sollen auch zwischen Brezgen und Wien die Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Weiterbildung erhöht und die mit der Weiterbildung verbundenen Lohneinbußen ausgeglichen werden. Weiterbildungsmaßnahmen müssen im Zusammenhang mit einer beruflichen Tätigkeit stehen und nicht bloß der persönlichen Erbauung dienen – gleichzeitig ist keine Prüfung einer arbeitsmarktpolitischen Sinnhaftigkeit der gewählten Ausbildung vorgegeben, somit wird die Ausbildung vom Arbeitsmarktservice (AMS) auch nicht bewertet. Weiterbildungsgeld und Bildungsteilzeitgeld können vom staatlichen Arbeitsmarktservice an Beschäftigte während einer Bildungskarenz oder während einer Freistellung gegen Entfall der Bezüge gewährt werden.

Voraussetzung ist, dass die Arbeitnehmer zumindest sechs Monate ununterbrochen beim gleichen Arbeitgeber in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis waren. Für ein Unternehmen ist es vorteilhaft, dass bei vollen Auftragsbüchern eine besser ausgebildete Arbeitskraft zurückkommt.

Beschäftigte wiederum hätten den Vorteil neben der höheren Qualifizierung bessere Chancen und Verdienstmöglichkeiten zu bekommen, heißt es. Einen Rechtsanspruch auf die Auszeit gibt es nicht, sie beruht vielmehr auf Freiwilligkeit. Für Arbeitnehmer gibt es währenddessen keinen Kündigungsschutz. Das Weiterbildungsgeld für die Zeit der Bildungskarenz entspricht dem jeweils zustehenden Arbeitslosengeld. Darüber hinaus darf bis zur Geringfügigkeitsgrenze beim Arbeitgeber dazuzuerkannt werden. Kurskosten und sonstige Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung allerdings werden nicht vom AMS übernommen und müssen selbst finanziert werden.

Auch wegen der Corona-Pandemie ist die Weiterbildungsoption verstärkt gefragt: Im ersten Halbjahr 2022 bezogen mehr als 16.600 Menschen Bildungskarenz. Doch investiert bei gut vier Millionen abhängig Beschäftigten nur ein kleiner Teil in ihre Weiterbildung. Die Österreicher liegen deutlich unter dem internationalen Schnitt, zeigt eine Studie der Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group (BCG), der Online-Jobplattform Stepstone und dem Stellenbörsen-Netzwerk „The Network“ aus dem Jahr 2019.

Auf der ganzen Welt nutzen zwei Drittel der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mindestens ein paar Wochen im

Jahr für Weiterbildung. Spitzenreiter mit mehr als 80 Prozent sind Schwellenländer wie China und Iran.

Über den Arbeitsmarkt-Beitrag des österreichischen Modells gibt es Unklarheit. Das Arbeitsministerium sagt dazu auf Nachfrage: Es gebe Hinweise aus früheren Evaluierungen, dass die Absolvierung der Bildungskarenz keine positiven oder leicht negative arbeitsmarktpolitische Effekte hat – also keine Beschäftigungs- oder Einkommenssteigerung. Der Anteil der Frauen, die unmittelbar im Anschluss an eine Elternkarenz eine Bildungskarenz absolvieren, wächst deutlich. Generell seien die Anforderungen an die Weiterbildungsmaßnahmen sehr gering und die Bildungskarenz habe somit nicht in jedem Fall einen signifikanten Beitrag zur Besserqualifizierung der Teilnehmer leisten können.

Ökonomen sehen hier eigentlich keine „Qualifizierungs-Maßnahme“. „Es ist nur teilweise eine fachliche (Weiter-)Qualifizierung und aus meiner Sicht daher auch nur bedingt eine Möglichkeit, dem Arbeitskräftemangel zu begegnen“, sagt Stefan Vogtenhuber vom Wiener Institut für Höhere Studien (IHS). Zu wenig seien die Arbeitgeber in die Art der Maßnahme eingebunden. Sie müssen zwar zustimmen, und tun das eher, wenn sie nicht unmittelbar auf die Arbeitskraft angewiesen sind, auch vielleicht, um betriebliche Engpässe zu überbrücken. Anekdotische

Evidenz aus dem Umfeld eines späteren Arbeitsmarktforschers zeigt, dass viele Akademiker in Österreich die Bildungskarenz einfach konsumieren: Sie nutzen sie eher zur persönlichen Weiterentwicklung, zum Reisen verbunden mit Sprachkursen, zur Burn-out-Prävention, um ein Buch zu schreiben, durchaus auch zur fachlichen Umorientierung oder Neuausrichtung. Christian Helmenstein, Leiter des deutsch-österreichischen Economica Instituts, wundert sich, dass Österreich hier eine Referenz ist. „Mir scheint, dass die Bildungskarenz in Österreich in ihrer derzeitigen Ausgestaltung keinen Vorbildcharakter aufweist. In nicht seltenen Fällen dürfte sie eher als beziehungs-schonende Variante einer verzögerten Trennung von Dienstnehmer und Dienstgeber dienen. Als Vorbildlich vermag ich an der Bildungskarenz a) Iautrichen nur einen Aspekt zu entdecken: dass es sie überhaupt gibt.“

Helmenstein empfiehlt ein ein- oder zweisemestriges Sabbatical, um allen Beschäftigten eine systematische Investition in ihr Humankapital zu ermöglichen. Um dies aus Unternehmenssicht handhabbar zu gestalten, könnte ein solches Sabbatical im Altersintervall zwischen 45 und 52 Jahren konsumiert werden – innerhalb eines siebenjährigen Konjunkturzyklus sollte sich eine Periode der Unterbeschäftigung finden lassen, die für eine solche Investition genutzt werden könnte.

Helmenstein rät darüber hinaus dazu, dass das Sabbatical einem formalen Curriculum einschließlich Prüfungen folgt und zu formalen Abschlüssen führt. Die erfolgreiche Teilnahme mit Abschluss könnte zusätzlich mit einem synthetischen Rentenrechnungswert belohnt oder anderweitig incentiviert werden, glaubt er.

## EU verlängert Sanktionen gegen Russland

Wirtschaftsmaßnahmen gelten nun bis Ende Juli

dpa-AFX. BRÜSSEL. Die EU hat die bestehenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland wegen der Aggression gegen die Ukraine um ein halbes Jahr verlängert. Nach einem Beschluss der EU-Staaten vom Freitag laufen die Maßnahmen nun bis zum 31. Juli, wie der Rat der EU mitteilte.

Erste EU-Strafmaßnahmen gegen Russland wurden bereits nach dem Absturz eines malaysischen Flugzeugs mit 298 Menschen über der Ostukraine im Juli 2014 eingeführt. Ermittlungen zufolge schossen prorussische Separatisten die Maschine ab. Nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 weitete die EU ihre Sanktionen massiv aus.

Derzeit umfassen die Maßnahmen unter anderem Beschränkungen in den Bereichen Handel, Finanzen, Technologie und Verkehr. Auch wurden mehrere russische Banken vom Banken-Kommunikationsnetzwerk SWIFT ausgeschlossen, und es gibt einen weitgehenden Importstopp für Rohöl aus Russland.

Japan friert wegen Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine die Guthaben weiterer russischer Personen und Organisationen ein. Wie die japanische Nachrichtenagentur Kyodo am Freitag unter Berufung auf die Regierung in Tokio berichtete, betrifft dies 36 Personen und 52 Organisationen, darunter russische Politiker, Offiziere, Geschäftsleute und Unternehmen. Neben dem Einfrieren von Guthaben umfassen die zusätzlichen Sanktionen auch Exportverbote.

Seit dem Beginn des Ukrainekriegs verhängt Japan stets im Einklang mit westlichen Staaten wirtschaftliche Sanktionen gegen Moskau. So wurde auch das Vermögen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der Notenbank und des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko eingefroren.

Offiziellen Angaben zufolge sind auch strengere Exportbeschränkungen Teil der Strafmaßnahmen. „Unsere Sanktionen haben die Möglichkeit eingeschränkt, Güter mit doppeltem Ver-

wendungszweck nach Russland zu exportieren“, teilte die EU-Kommission am Freitag mit. Damit sei der Zugang Russlands zu Technologien wie Drohnen, Software für Verschlüsselungsgeräte, Halbleiter und Chemikalien, die etwa für die Herstellung von Waffen verwendet werden, stark begrenzt.

Vor allem wegen der westlichen Sanktionen gegen Russland mussten die Banken des Landes im vergangenen Jahr einen Gewinneinrückgang von rund 90 Prozent wegstecken. Der Gewinn sackte auf 203 Milliarden Rubel (2,9 Milliarden Dollar), wie die russische Zentralbank mitteilte. Wie andere Bereiche der russischen Wirtschaft habe sich die Finanzbranche durchaus robust gezeigt. Es sei den Banken gelungen, einen Verlust von 1,5 Billionen Rubel im ersten Halbjahr auszugleichen und bis zum Jahresende in einen Gewinn umzumünzen. „Allerdings waren nicht alle Banken in der Lage, die Verluste vom Jahresanfang vollständig wettzumachen“, erklärte die Zentralbank in ihrem Bericht. Einige Institute hätten ein deutliches Minus verbucht. Demnach waren 104 Banken zum Jahresende unrentabel, während es Mitte 2022 noch 130 waren.

Sollte es 2023 keine neuen Schocks geben, dürften die Ergebnisse der Banken in diesem Jahr deutlich besser ausfallen, und die Gewinne könnten eine Billion Rubel übersteigen, sagte Alexander Danilow, Direktor der Zentralbank-Abteilung für Bankenregulierung und -analyse, vor Journalisten. Vor einem Jahr hatte die Zentralbank für 2022 Gewinne des Bankensektors von mehr als zwei Billionen Rubel prognostiziert, nach einem Rekordgewinn von 2,4 Billionen Rubel 2021.

Der Westen hat wegen Russlands Einmarsch in der Ukraine im Zuge der Sanktionen mehrere wichtige russische Banken vom internationalen Zahlungssystem SWIFT ausgeschlossen. Die führenden Kreditinstitute Sberbank und VTB mussten daraufhin ihre Geschäfte in weiten Teilen Europas einstellen.

## Südkoreas Wirtschaft schwächelt

Das Land gilt als Indikator für die Weltwirtschaft

pwe. TOKIO. Zum ersten Mal seit Frühjahr 2020 ist die koreanische Wirtschaft am Jahresende 2022 geschrumpft. Das reale Bruttoinlandsprodukt ging um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal zurück, teilte die südkoreanische Zentralbank in einer ersten Schätzung des Wirtschaftswachstums mit. Wichtigste Gründe waren, dass der Konsumschub nach dem Ende der Pandemie nachlässt und der Welthandel nicht mehr rundläuft. Südkorea hängt wie nur wenige Länder wirtschaftlich vom Außenhandel ab und gilt als ein Indikator für die Lage der Weltwirtschaft.

Für das vergangene Jahr berechnete die Bank von Korea ein Wachstum von 2,6 Prozent, nach 4,1 Prozent im Vorjahr. Für dieses Jahr erwartet die Notenbank eine Abschwächung auf weniger als 1,7 Prozent. Das wäre das schlechteste Ergebnis seit 2009. Analysten und Volkswirte hatten im Durchschnitt 1,3 Prozent Wirtschaftswachstum prognostiziert.

In einer ersten Reaktion versprach die Regierung der Exportwirtschaft Unterstützung. Die Regierung wolle Export und Investitionen reaktivieren, indem sie die Bemühungen zur Deregulierung vorantreibe und steuerliche und finanzielle Hilfen anbiete, sagte Finanzminister Choo Kyung-ho. Der Spielraum für Subventionen ist indes begrenzt. Die konservative Regierung plant, die Ausgaben

in diesem Jahr um 6 Prozent zu senken. Präsident Yoon Suk-yeol will so das Budgetdefizit von 3,3 auf 0,6 Prozent drücken. Das ist eine Abkehr von der Politik des Vorgängers Moon Jae-in, der die Staatsausgaben in den vergangenen fünf Jahren in die Höhe getrieben hatte. Ökonomen wie Gareth Leather von Capital Economics werten den Sparkurs der neuen Regierung als Wachstumsbremse.

Die schlechte Konjunkturerwicklung im Quartal von Oktober bis Dezember spiegelt die schwierige Lage der Weltwirtschaft und der südkoreanischen Konsumenten wider. Der Export von Gütern und Dienstleistungen schrumpfte um 5,8 Prozent und der Import um 4,6 Prozent. Der Rückgang der Ausfuhr begann in der zweiten Jahreshälfte des vergangenen Jahres, als die Weltwirtschaft sich verlangsamt und die Zinserhöhungen großer Zentralbanken, der russische Krieg gegen die Ukraine und die Covid-Lockdowns in China ihre Spuren hinterließen. Der große Nachbar China ist das wichtigste Abnehmerland für Südkorea. In besonderem Maße ist Südkorea zudem vom Nachfrageeinbruch in der globalen Elektronikwirtschaft betroffen. Größen der Halbleiterwirtschaft wie Samsung Electronics und SK Hynix zählen zu den wichtigsten Exporteuren Südkoreas, durchleben aber derzeit eine deutliche Nachfragedelle.

## Philippinen wachsen schnell

che. KATHMANDU. Die Philippinen haben die Corona-Krise mit einer raschen Wiederholung überwunden. Im vergangenen Jahr wuchs die Wirtschaftskraft um 7,6 Prozent, so rasch wie seit gut 40 Jahren nicht mehr. 2021 hatte die Wachstumsrate bei 5,7 Prozent gelegen. Die Daten werden dem neuen Präsidenten Ferdinand Marcos Jr. helfen, Investoren anzuziehen. Der Hotel- und Nahrungsmittelsektor legte um fast ein Drittel zu. „Das Wachstum der heimischen Nachfrage führte zu stärkerer Aktivität im Dienstleistungs- und im Industriesektor. Die Produktion der meisten Bereiche ist nun wieder auf dem Vor-Corona-Niveau“, sagte Arsenio Balisacan, Leiter der Nationalen Wirtschafts- und Entwicklungsbehörde. Allerdings lastet die hohe Inflationsrate von 8,1 Prozent auf den Wachstumsaussichten. Die Regierung rechnet mit einer Rate von 6 bis 7 Prozent. Die Ökonomen von Oxford Economics warnen davor, dass befürchtete Rezessionen bei wichtigen Handelspartnern und das schwächere Wachstum in China auch die Philippinen treffen werden.

## Sammelklage nicht umgesetzt

dpa. BRÜSSEL. Die EU-Kommission hat ein Verfahren gegen Deutschland und viele andere EU-Staaten eingeleitet, weil sie europäische Regeln zum Schutz von Verbrauchern nicht fristgerecht umgesetzt haben. Es geht um die Möglichkeit zur Verbandsklage, bei der Institutionen wie Verbraucherverbände stellvertretend für Geschädigte gegen Unternehmen auf Unterlassung und Schadenersatz klagen können. Mit derlei Verbandsklagen können Verbraucher ihre Rechte in Fällen wie dem VW-Abgasskandal durchsetzen. Die Regeln traten im Dezember 2020 EU-weit in Kraft, anschließend hatten die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, sie in nationales Recht umzusetzen und die EU-Kommission zu informieren. „Zwar wird in den meisten Mitgliedstaaten derzeit an der Verabschiedung entsprechender Rechtsvorschriften gearbeitet“, teilte die Kommission am Freitag mit. Zahlreiche Länder hätten die notwendigen Schritte bis zum 25. Dezember versäumt. Sie leitete deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren gegen 21 Staaten ein.

### STANDPUNKT

## Neue Afrika-Strategie – eine vergebene Chance

Von Andreas Freytag und Stefan Liebing

Die aktuelle politische und weltwirtschaftliche Lage macht es erforderlich, die außen- und sicherheitspolitische Positionierung Deutschlands grundlegend neu zu denken. Bundeskanzler Scholz hat dafür den Begriff der Zeitenwende geprägt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Erkenntnis, dass Politik nur umfassend gedacht werden kann. Auf Entwicklungspolitik bezogen, heißt dies, dass sie nur gemeinsam mit Klima-, Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik gesehen werden kann.

Nicht nur das Desaster in Afghanistan hat gezeigt, dass die Art und Weise, wie Deutschland Entwicklungspolitik betreibt, häufig wenig bewirkt. Die aktuellen Krisen sind daher ein guter Anlass, zu überprüfen, wie wir auch mit Afrika künftig umgehen wollen. Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) hat nun eine neue Afrika-Strategie ihres Ministeriums (BMZ) vorgelegt. Diese verfolgt zwar mit der prominenten Hervorhebung der Geschlechtergerechtigkeit und des Klimaschutzes angemessene Ziele, die man nur begrüßen kann. Allerdings sind weder die Einschätzung der eigenen Fähigkeit des Ministeriums, diese Ziele umzusetzen, noch die dafür vorgesehenen Maßnahmen sehr zielführend. Viel zu häufig ist die Rede von Strukturpolitik. Offenkundig weigert sich das BMZ, die Bedeutung privater deutscher Akteure anzuerkennen. Investitionen spielen aus Sicht des BMZ scheinbar genauso eine untergeordnete Rolle wie der Außenhandel; beides ist jedoch für afrikanische Akteure enorm bedeutsam.

Dabei hatten die Vorgängerregierungen zu Recht erkannt, dass die wirksamste Form von Entwicklungshilfe dafür sorgt, dass Menschen in armen Ländern gute Arbeitsplätze finden. Nur wer regelmäßige Einkommen erwirtschaftet, kann es sich leisten, seinen Kindern eine gute Ausbildung zu finanzieren, Gesundheitsleistungen in Anspruch zu nehmen oder die Rechnung für sauberes Wasser zu bezahlen. Auch politische Stabilität, die Einhaltung der Menschenrechte, Nichtdiskriminierung und sozialer Ausgleich sind viel besser durchsetzbar, wenn Menschen mit ihrer wirtschaftlichen Situation zufrieden sind. Zentral in einem neuen entwicklungspolitischen Ansatz nach der Zeitenwende muss also sein, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Die dafür notwendigen Investitionen in Afrika erfolgen in der Regel nicht durch die Bundesregierung oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs), sondern durch Unternehmer.

Frühere Regierungen haben daher erste, wenngleich zaghafte, Schritte unternommen, Risikokapital und Bürgschaften für solche Investitionen bereitzustellen. Wenn Unternehmer aktuell noch nicht so stark in Afrika investieren, wie das entwicklungspolitisch wünschenswert wäre, dann vor allem deshalb, weil die wahrgenommenen oder realen Risiken zu hoch sind. Die Finanzierung von Vorhaben in

Afrika ist durch Vorgaben der Bankenregulierung oft sehr teuer, wenn nicht faktisch unmöglich.

Dass die Richtung in der Vergangenheit gestimmt hat, zeigt auch, dass die deutschen Investitionen in Afrika nach der Einführung neuer Instrumente 2018 und 2019 auf einen Höchststand wachsen konnten. Nun wäre die Vorlage einer neuen Strategie eine gute Gelegenheit, die Maßnahmen der vergangenen Jahre in großer Dimension auszubauen und zugleich Streuverluste durch Fehler in der detaillierten Gestaltung der Instrumente zu minimieren. Ausgerechnet das fehlt jedoch fast komplett.

Somit ist die neue Afrika-Strategie des BMZ nicht zur Zeitenwende geworden, sondern eher zur Kehrtwende in die Vergangenheit. Afrika könnte ein spannender Markt werden für Elektrifizierung und den Export der deutschen Energiewende. Der Kontinent bietet Arbeitskräfte, Innovationskraft und junge Unternehmer. Afrika hat auch das Zeug, uns mit grüner Energie zu versorgen, und stellt die einzige Chance dar, den Rohstoffbezug aus China zu diversifizieren.

Zu neuen Instrumenten der Finanzierung und Unterstützung des Mittelstandes, zu den großen wirtschaftlichen Chancen, trifft das Papier jedoch keine substanziellen Aussagen. Allenfalls findet sich ein lauwarmes Bekenntnis zur Bedeutung von

Arbeitsplätzen. Vor allem aber scheinen wir europäische Wertemodelle exportieren zu wollen, allerdings ohne die kulturellen Hintergründe vor Ort zu kennen, ohne deren Kenntnis ein Wertetransfer scheitern muss. Und dass man in Afrika angesichts von Arbeitslosigkeit, Inflation und Dürrekrisen darauf gewartet hat, dass Deutschland das Zeitalter der „feministischen Entwicklungspolitik“ ausruft, kann bezweifelt werden. Mit „more of the same“ veralteter entwicklungspolitischer Instrumente werden wir den Partnern in Afrika nicht zeigen können, dass wir an einer positiven Entwicklung des Kontinents nach afrikanischen Prioritäten ernsthaft interessiert sind.

Die neue Afrika-Strategie ist eine vergebene Chance für ein Ministerium, das die „wirtschaftliche Zusammenarbeit“ an erster Stelle im Namen führt. Man würde sich wünschen, dass die Bundesregierung das zum Anlass nimmt, eine integrierte Sicht auf die Herausforderungen des Kontinents zu erarbeiten und dabei auch die Erkenntnisse der vergangenen Jahre zu berücksichtigen.

**Andreas Freytag** ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Honorarprofessor an der Universität Stellenbosch.

**Stefan Liebing** ist der Vorsitzende des Afrika-Vereins und Inhaber und Geschäftsführer der ConJuncta GmbH, einer Beratungsgesellschaft, die Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte unterstützt.

Vor allem aber scheinen wir europäische Wertemodelle exportieren zu wollen.